



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 20.06.2023

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Herb, Artur
Konstandin, Angelika
Möller, Eva
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Sonja
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.

Schriftführer/in:

Wenz, Pirmin

Verwaltung:

Bauer, Christian
Dickemann, Niklas
Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

AWO Soziale Dienste gGmbH - zu TOP Ö 2
(Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit)
Kinder- und Jugendhaus Pfinztal - zu TOP Ö 3 (Kinder-
und Jugendhaus Pfinztal)

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 12.06.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 15.06.2023, Nr. 24/23.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 12 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Gegenheimer



Gemeinderätin Rothweiler



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit **BV/229/2023**
 - Jahresbericht 2022
 - Ausblick 2023
3. Kinder- und Jugendhaus Pfinztal **BV/230/2023**
 - Jahresrückblick 2022
 - Ausblick 2023
4. Kindergartenbedarfsplan 2023/2024 **BV/197/2023**
 - Beratung und Empfehlung an den Gemeinderat
5. Erstellung eines Konzeptes zur Entwicklung einer Ladeinfrastruktur in der Gemeinde Pfinztal **BV/228/2023**
 - Vergabe der Verkehrsingenieurleistungen
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit - Jahresbericht 2022 - Ausblick 2023

BM Bodner leitet in den TOP. Sie übergibt das Wort an Herrn Osterlow.

Herr Osterlow von der mobilen Jugendsozialarbeit trägt dem Rat den Jahresbericht 2022 vor. Er vergleicht, wie seine Nachredner auch, die Jahre 2020 bis 2022 miteinander. Die Mehrheit der Hilfesuchenden seien zwischen 19 und 27 Jahren alt und überwiegend weiblich. Der Großteil suche ihn auf, um Hilfe bei der Jobsuche zu erhalten. Er merkt an, dass seit der Pandemie vermehrt psychische Auffälligkeiten auftreten und sieht hierbei auch eine Schuld der sozialen Medien. Auch finanzielle Schulden spielen in diese mit hinein.

GRin Eisenbusch möchte wissen, woher die hohe Zahl an Arbeitssuchenden herkommt.

Herr Osterlow antwortet, dass es meist an den Vergangenheiten der Personen und an diesen selbst liegt. Meistens fehle auch eine Vorbildung, sodass oft nur Zeitarbeitsfirmen diese anstellen würden. Er wünsche sich auch eine bessere schulische Vorbereitung auf Bewerbungsverfahren.

GRin Möller fragt den Altersrahmen der jungen Menschen an, welche zu Herrn Osterlow kommen.

Herr Osterlow meint, dass er Menschen zwischen 14 und 27 Jahren begleiten würde.

GRin Möller möchte wissen, was mit den Menschen passiere, welche älter als 27 sein.

Herr Osterlow antwortet, er sei hierbei sehr kulant und helfe in einigen Fällen auch Menschen über 27 Jahren. Jedoch müsse man ab 28 Jahren die jeweilig zuständigen Sozialbüros aufsuchen, bei Geldfragen sei das Jobcenter zuständig.

Herr Bauer (GWRS) erklärt, dass bei ihm mehr männliche Personen vorsprechen als weibliche und der Großteil aus der Werkrealschule stamme. Lediglich ein Drittel kam aus der Grundschule. Genau wie bei der mobilen Sozialarbeit lag der Schwerpunkt auf Konflikten zwischen den Schülern. Durch die Pandemie mussten viele Aktivitäten ausfallen, dafür konzentrierte man sich auf die umliegenden Grundschulen, bei denen man nun auch besser wahrgenommen wird.

GR Ringwald möchte wissen, ob der Aufwand nach Corona mehr geworden ist.

Herr Bauer bejaht dies. Er sieht das Konfliktpotential innerhalb der Familie. Durch die verschiedenen Maßnahmen, mussten Familien öfters Zeit zusammen auf beschränktem Raum verbringen.

GRin Rothweiler merkt an, es gäbe genügend Psychotherapeuten, aber es darf nicht jeder als solcher arbeiten.

GRin Möller fragt, ob und wie viele Jugendliche sich an der Mensa abends aufhalten. Zudem



fragt sie die Schulsozialarbeiter, ob diese dort vorbeikämen.

Herr Osterlow bestätigt, dass Jugendliche weiterhin das Mensaareal in ihrer Freizeit aufsuchen. Sie würden auch vor Ort mit den Jugendlichen sprechen. Einsätze des Ordnungsamtes sieht er jedoch als nicht zielführend an.

BM Bodner merkt an, sie kann auch nicht ständig Ordnungsbeamte zur Mensa schicken, da dies der Sachlage nicht dienlich ist.

GRin Eisenbusch verwundert die Anzahl arbeitssuchender junger Frauen.

Herr Osterlow meint, dass sich die Art der Kontaktaufnahme gewandelt hat. Viele Jugendliche schreiben ihn auch über WhatsApp an. Er vermutet, dass sich junge Frauen durch die neuen Arten der Kontaktaufnahme wohler fühlen und eher Hilfe suchen.

Frau Oppermann (Schulsozialarbeit GSR / LMG) erzählt, dass bei ihnen die Aufteilung der Geschlechter fast gleich sei, jedoch die Mädchen leicht überwiegen. Fast zwei Drittel kämen aus der Realschule. Man hatte im Jahr 2022 609 Beratungsgespräche sowie viel Kontakt mit den Lehrerkollegien der beiden Schulen. Die Beratungsgründe reichen von Konflikten zwischen den Schülern bis zu Beziehung und Liebe. Sie bestätigt, dass auch bei ihnen die Zunahme von Ängsten, psychische Auffälligkeiten bis hin zu depressiven Verstimmungen zunahmen.

GR Schwarz möchte wissen, ob Geschlecht und Schule Unterschiede aufweisen.

Frau Oppermann bestätigt, dass insbesondere Mädchen leichter Hilfe in Anspruch nehmen, jedoch auch die Schulart Einfluss nimmt.

GR Ringwald merkt an, dass Mobbing in den letzten Jahren nicht gestiegen ist.

Herr Osterlow erklärt, dass das Mobbingpräventionsprogramm an den Schulen gestartet sei. Er erklärt, dass der Grund für das Mobbing meist ein Konflikt sei, welchen man mit einem gemeinsamen Gespräch schlichten könne.

GRin Eisenbusch möchte wissen, wie die Eltern zur Mediennutzung ihrer Kinder reagieren.

Frau Oppermann meint, dass die meisten Eltern überfordert seien. Eltern könnten Apps zur Einschränkung nutzen. Bis zu 70% haben bereits Kontrolle über das Handy der Kinder im Grundschulalter.

BM Bodner bedankt sich für die wertvolle Arbeit.

GRin Rothweiler merkt an, Herr Osterlow habe sich einen Platz für Jugendliche gewünscht, hier sei leider nicht viel passiert.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2022 zur Kenntnis.



BM Bodner leitet in den TOP ein.

Die Mitarbeitenden des Jugendhauses zeigen anhand eines Filmes ihre Arbeit aus dem letzten Jahr.

BM Bodner bedankt sich.

GRin Eisenbusch möchte wissen, ob auch ukrainische Kinder das Jugendhaus besuchen.

GR Schwarz interessiert sich, aus welchen Ortsteilen die Kinder prozentual kommen.

Mitarbeiter des Jugendhauses bestätigt, dass zwei Kinder aus der Ukraine das Jugendhaus besucht hatten, jedoch umgezogen sein. Die Kinder würden größtenteils aus Söllingen und Berghausen kommen, jedoch wären alle Ortsteile vertreten.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2022 zur Kenntnis.

4. Kindergartenbedarfsplan 2023/2024 - Beratung und Empfehlung an den Gemeinderat

AL Sturm leitet in den TOP ein. Die Gemeinde konnte allen Kindern ein Platz zuweisen. Anhand einer Präsentation erklärt er dem Gemeinderat die Statistik des letzten Jahres.

GR Schwarz merkt an, er kenne drei Personen, welche nicht in der Statistik auftauchen würden.

AL Sturm verweist auf das eingesetzte NH-Kita Programm. Zudem erklärt er, dass man einen Kostendeckungsgrad von rund 54% erreiche, auch mit Hilfe des Finanzausgleiches.

GR Schwarz möchte wissen, wie die Elternbeiträge bei den nicht kommunalen Kindergärten sind.

BM Bodner erklärt, dass die kirchliche Träger sich nach der Kommune richten.

GRin Konstandin merkt an, dass der Fehlbetrag der Kirchen von der Gemeinde übernommen würde und man daher keine genaue Kostendeckung ausrechnen könne.

AL Sturm bekräftigt, er wird die Informationen sammeln und dem Rat vortragen.

GRin Möller möchte eine einfache Hochrechnung.

RAL Dickemann antwortet das die Kostendeckung der Kirche anders sei und man daher keine genaue Hochrechnung vortragen könne.

GRin Eisenbusch merkt an, dass die Kindergärten bereits sehr ausgelastet seien. Sie bekräftigt, dass die Maßnahme Louise-Scheppler in Angriff genommen werden muss. Die Bevölkerung wächst und die Kindergartenplätze müssten mitwachsen. Sie möchte wissen,



wieso die Maßnahme Kindergarten Regenbogen noch nicht abgeschlossen sei. Zudem möchte sie, dass AL Sturm herausfindet, weshalb es dem Kindergarten „Unterm Regenbogen“ so schwerfalle neues Personal zu finden.

GR Rendes antwortet, die Kindergärten hätten eine starke Fluktuation und müssten die Gruppen mit Personal voll besetzen.

AL Sturm weist darauf hin, was die Gemeinde beisteuern könne, sei die Infrastruktur.

GR Schwarz merkt an, dass die Kinder aus den Kindergärten in die Grundschule wechselten und man dort dann genügend Hortplätze bräuchte.

AL Sturm bestätigt, die Hortplätze müssten dann ähnlich behandelt werden.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt den Kindergartenbedarfsplan zur Kenntnis und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

- 5. Erstellung eines Konzeptes zur Entwicklung einer Ladeinfrastruktur in der Gemeinde Pfinztal**
 - Vergabe der Verkehrsingenieurleistungen
 - Beratung und Beschlussfassung

BM Bodner leitet in den TOP ein.

GR Schwarz möchte wissen, was das Ziel sei.

HAL Bauer antwortet, das Gutachten ziele auf eine Standortssuche ab, wo man Ladesäulen installieren könne ohne das Netz zu überlasten.

GRin Eisenbusch fragt, ob der Gemeinderat nicht bereits darüber debattiert hätte. Sie findet die 24.000 EUR für angemessen. Zudem möchte sie wissen, ob das Ladeinfrastrukturnetz von der Gemeinde übernommen werde.

GR Ringwald stimmt GRin Eisenbusch zu. Es solle kein falscher Eindruck entstehen, die Gemeinde würde anfangen Strom zu verkaufen.

HAL Bauer erklärt, dass das Ladeinfrastrukturnetz weitere Gelder benötigen wird. Hier müsse der Rat wieder eine Entscheidung treffen. Es wird dann auf dem Gutachten aufbauen.

GRin Konstandin erzählt von einem Bericht, welchen sie im Fernsehen gesehen hat, in dem erklärt wurde, dass die Gemeinden und Städte die Ladeinfrastrukturnetze zur Verfügung stellten und diese dann verpachten.

HAL Bauer erklärt, dass auch sein Vorgänger bei der Installation der Ladesäulen im Neubaugebiet Heilbrunn-Engelfeld zwei Jahre mit der Netze BW in Kontakt stand und heute immer noch nicht geklärt sei, wem sie nun eigentlich gehören und wer diese betreibt. Ihm sei am liebsten, die öffentliche Fläche zu verpachten.



GR Gegenheimer sieht ein Angebot der Gemeinde als riskant an, da er die Pacht und Übernahme eines Stromlieferanten als nicht garantiert ansieht. Er möchte, dass man anstelle eines Gutachters sich an einen Netzbetreiber richtet.

GR Schwarz möchte wissen, ob sich Betreiber für alle Säulen entscheiden müssten oder sich einzelne, an guten Stellen, Säulen selektieren könnten. Verweist auf seine erste Frage.

HAL Bauer erklärt, das Ziel sei zum einen die Einhaltung des Gemeindeentwicklungskonzepts Pfinztal 2035.

GRin Konstandin gibt HAL Bauer Recht, im Gemeindeentwicklungskonzept stünde, dass man sich darum kümmern möchte. Die Grundsatzdiskussion hätte im Vorfeld geführt werden müssen. Der Rat müsse wissen, was er machen möchte.

HAL Bauer mahnt, ohne die Vorerkundung werden die Anbieter nicht die Ladeinfrastruktur voranbringen.

BM Boder erklärt, dass die Gemeinde von sich aus anfangen müsse. BAL Kauter Eby habe bereits zwei Angebote eingeholt, über diese müsse der Rat heute abstimmen.

GR Reeb merkt an, dass die Diskussion zu sehr ins Detail ginge. Für ihn geht es vorerst nur um die Standortanalyse. Er stimmt GR Gegenheimer nicht zu, ihm sei ein Gutachter lieber als ein Betreiber. Für ihn sei es nur ein Plan auf den man aufbauen kann.

GR Ringwald stimmt GR Reeb zu.

GR Schwarz stimmt zu, dass die Gemeinde in Vorleistung gehen müsse um private Firmen zur Kooperation zu bewegen. Er merkt an, dass das Gemeindeentwicklungskonzept eine großflächige Abdeckung vorsieht.

GR Rendes erwähnt, dass der Ausbau zur Stadtentwicklung gehört und daher eine großflächige Abdeckung benötigt.

GR Dr. Vogel spricht die Belastung des Stromnetzes an. Er weist darauf hin, dass in der Vorlage der Begriff Ingenieurleistung verwendet wurde. Er meint jedoch, dass sowohl die verkehrstechnische- sowie die stromtechnischen Planungen berücksichtigt werden müssten.

GRin Möller ist sich unschlüssig, ob der Ausbau des Netzes eine kommunale Aufgabe sei. Sie stimmt GR Gegenheimer zu und fragt an, ob nicht der Netzbetreiber selbst die Standortanalyse durchführen sollte.

BM Bodner erklärt, dass die Kommune selbst für die Planung der Standorte zuständig sei.

GRin Konstandin stimmt GR Dr. Vogel zu. Sie schlägt vor, das Thema im Bauausschuss zu diskutieren.

GR Schwarz fand es hilfreich zu wissen, was die RBS wave (Tochterfirma der Netze BW) macht. Er begründet, dass die meisten E-Auto-Fahrer bereits eine Ladesäule zu Hause hätten und man daher eher Säulen an wichtigen Stellen der örtlichen Infrastruktur aufstellen solle. Er merkt an, dass Netzbetreiber nicht ohne weiteres eine Infrastruktur ohne die Mitwirkung der Kommune aufbauen könne. Zu GR Dr. Vogel erwähnt er, dass dort wo ein Hotspot notwendig sei auch ein Hotspot entstehe.

GRin Eisenbusch bekundet, dass sich die Klimakommission einstimmig hierfür ausgespro-



chen habe, man jedoch noch einige Fragen zu klären habe.

GR Dr. Vogel möchte abstimmen und fordert die Verwaltung auf, im Nachhinein dem Rat die notwendigen Informationen zukommen zu lassen.

Geschäftsordnungsantrag zur Verschiebung auf die nächste Sitzung: 2 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Der Finanzausschuss erteilt den Auftrag an den Bewerber mit: 9 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss erteilt mehrheitlich den Auftrag für die Verkehrsingenieursleistungen zur Erstellung eines Konzeptes an die RBS wave GmbH.

6. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schrifführung

Bürgermeisterin Nicola
Bodner

Gemeinderat Thomas Ge-
genheimer

Pirmin Wenz

Gemeinderätin Sonja Rot-
hweiler